

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 9/19

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Tollhaus Mülheim und noch kein Ende in Sicht?

Mülheimer OB-"Affäre": StA stellt Verfahren ein!

Ende einer beschämenden Kampagne oder doch nicht?

Die Staatsanwaltschaft hat nun nach über 1 Jahr Ermittlungen das Verfahren gegen Mülheims OB Scholten (SPD) eingestellt, "Eine hinreichender Tatverdacht gegen ihn könne nicht begründet werden." Das war wenig überraschend, genau wie die MBI es von Anbeginn der oberblamablen Geschichte gesagt hatten. Eigentlich müsste man überlegen, warum die 2 SPD-Dezernenten Mendack und Ernst es inszinieren konnten, dass ihre Partei einen derartigen Selbstmörderkurs fuhr und das alles für eine relativ kleine Sache, die problemlos verwaltungsintern hätte geklärt werden können. Doch anstelle dessen verkündet die WAZ nur wenige Tage nach dem quasi-Freispruch in einem ganzseitigen Artikel: "Stadt drohte Scholten mit Zwangsvollstreckung". Es geht um 9.550 Euro Aufsichtsratsgelder, die der OB nicht fristgemäß an die Stadt abgeführt haben soll.

Kämmerer, Bankrotteur und erbitterter VHS-Gegner

Am 29. August war Ratssitzung der Stadt Mülheim mit Einbringung des Etatentwurfs 2020. Der Kämmerer präsentierte per powerpoint alle möglichen Diagramme und Statistiken, aber ohne einen erkennbaren roten Faden. Die über 1200 Seiten des dicken Buches werden sich mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit als erneute Makulatur herausstellen, halt nur gedacht für die RP-Aufsichtsbehörde, damit die auf keinen Fall einen Sparkommissar vorbeischieckt und die Stadt Mülheim - mit ca. 11.500 € Pro-kopf-Verschuldung einsame Spitze der NRW-Städte und mit einer bilanziellen Überschuldung (= negatives Eigenkapital oder bilanzielle Rücklagen) von sage und schreibe nun Minus 619,5 Mio. € mit der Endabrechnung 2018 sicherlich bundesweit einsame Spitze - unter Kuratel stellt. Mit einem Blendwerk an fiktiven Zahlen soll dann alles so auf bestem Wege sein, wie die WAZ aus der Pressekonferenz vor der Ratssitzung ausführlich darlegte. **Und der eigentlich vollends überforderte Kämmerer konnte es zum Schluss seiner etwas wirren Etateinbringung nicht lassen, noch einmal mit scharfen Worten gegen den VHS-Bürgerentscheid zu schießen. Da würde die Sanierung plötzlich 18 Mio. € kosten und "das sind Fakten", so Mendack. Wegen dieser seiner "Fakten" sei völlig klar, dass viele andere Maßnahmen über Jahre nicht getätigt werden könnten, wenn der Bürgerentscheid erfolgreich wäre.** Ach ja, die "Stadt" konnte bzw. wollte sich immer noch nicht entscheiden, dem Architekten Teich Zugang zu "seiner" VHS zu gewähren, obwohl der eindringlich auf seinen berechtigten Urheberschutz hingewiesen hatte! Noch Fragen? **Doch:**

Am 6. Okt. können die Bürger über die VHS-Zukunft entscheiden!

und den jahrelangen Tricksereien und Unwahrheiten endlich ein Ende bereiten. Unsere einzigartige Volkshochschule, das Denkmal am MüGa-Rand als wichtiger Bestandteil des Kulturensembles mit Schloss, Ringlokschuppen, Camera Obscura, Stadthalle rund um das MüGa-Gelände mit dem beliebten Matschspielplatz und dem Biogarten neben der VHS muss wieder zur Vorzeige-VHS zurückkehren für die wesentlichen Aufgaben von Weiterbildung, Integration und Kultur!



Auf den folgenden Seiten:

- Unzensurierte MBI-Stellungnahme zum VHS-Bürgerentscheid am 6. Oktober S.2
 - Tag des offenen Denkmals in MH eher "Tag der Schande" wegen des Versuchs der VHS-Zerstörung ..S. 3
 - Mülheims geniale Verkehr(t)sexperten produzieren viel Chaos fff. S. 4
- Einlegeblatt:** Mülheimer Allerlei wie der nicht notwendige "Bürger"radweg entlang der Zeppelinstraße, um die unrechtmäßige Straßenbahnstilllegung nachträglich zu legalisieren?

Unzensierter MBI-Beitrag zum VHS-Bürgerentscheid am 6. Okt.

Bürgerentscheid
am 6. Oktober



Stimmen Sie mit JA!

Stimmen Sie mit Ja für Erhalt und Wiedernutzung unserer einzigartigen VHS in der MüGa

Im Kommunalwahlkampf 2014 forderten die MBI vehement und als einzige eine Bestandsgarantie für die bewährte und beliebte VHS in der MüGa. Bereits damals war nämlich erkennbar, dass der VHS-Betrieb auf dem hochattraktiven Gelände einflußreichen "Strategen" ein Dorn im Auge war. 2013 forderte die MST-Chefin ein Hotel statt VHS am MüGa-Rand für Kongresse in der Stadthalle, doch sie stieß nur auf vehemente Kritik aus der Bürgerschaft.

Direkt nach der Wahl 2014 verkündete OB Mühlenfeld, sie werde sich mit dem hochattraktiven VHS-Gelände für die Sparkassenakademie bewerben. Die BI zum VHS-Erhalt bildete sich und die MBI stellten beim Landeskonservator den Antrag auf Denkmalschutz. Die Sparkassenakademie kam nicht nach Mülheim und auch der nächste Versuch, die VHS aus der MüGa auf das Kaufhofareal zu verlagern, scheiterte. 2016 wurde die VHS unter Denkmalschutz gestellt, das zugehörige Fachgutachten des LVR bescheinigte dem Gebäude und seiner Funktionalität Einzigartigkeit und herausragende Bedeutung. Im Sept. 2017 wurde die VHS dann überfallartig geschlossen wegen angeblicher Brandschutzmängel. 5500 Besucher und über 200 Dozent/innen wurden böse vor den Kopf gestoßen. Doch bereits seit den Brandschauen 2007 waren Brandschutzmängel aufgelistet, u.a. die fehlende Schottung der Durchbrüche. Deshalb wurden im Haushalt 2008 ca. 2 Mio. € eingestellt für VHS-Sanierung, die dann Jahr für Jahr zwar im Haushalt standen, aber bis heute nie abgerufen wurden.

Die Stadt weigerte sich 2017, eine abschnittsweise Sanierung bei laufendem Betrieb durchzuführen, und der Stadtrat beschloss ein aufwendiges Gutachten über Standortalternativen und die Anmietung der Aktienstraße. Das Bürgerbegehren für Erhalt und Wiedernutzung der VHS in der MüGa wurde für unzulässig erklärt, was über Gericht korrigiert werden musste! Ferner lehnte "die Stadt" barsch das Angebot des VHS-Architekten Teich ab, auf seine Kosten ein Gutachten zu erstellen. Im Oktober 2018 stellte sich auf MBI-Nachfragen heraus, dass die im Ratsbeschluss vom 7.12.17 vorgesehene EU-weite Ausschreibung des Gutachtens eigenmächtig in eine freihändige Vergabe abgeändert worden war. Der MBI-Antrag, die Vergabe anzuhalten und den Architekten Teich um das versprochene Gutachten zu bitten, wurde dennoch im Rat mehrheitlich abgelehnt.

Ende Juni 2019 präsentierte das "Gutachten" wenig überraschend die langjährige Anmietung des ungeeigneten Gebäudes an der Aktienstr. als billigste Variante, während die Sanierung des VHS-Denkmals in der MüGa auf sagenhafte über 30 Mio. € hochgerechnet war. Ausrede genug für den Stadtrat, sich dem Bürgerbegehren nicht anzuschließen.

Die vorher bestens funktionierende Mülheimer VHS mit über 500 Kursen bot zum letzten Semester 43% weniger Kurse an als vor der überfallartigen Schließung, eine erbärmliche Entwicklung eines sehr wichtigen Teils von Bildung! Dabei hat Erwachsenenbildung einen enormen Bedeutungszuwachs erfahren, nämlich für Weiterbildung in Zeiten der Globalisierung, bei Integration in Zeiten massiver Zuwanderung und für die Stärkung der Demokratie in einer rapide auseinanderdriftenden Gesellschaft. Umso schlimmer ist es, dass die bis 2017 sehr gut aufgestellte Mülheimer VHS seit 2 Jahren systematisch dezimiert wurde. Es geht nämlich bei der Erwachsenenbildung nicht nur um Wissensvermittlung, sondern mindestens genauso viel um Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeiten in einer sich schnelllebig verändernden Welt für immer mehr vereinzelt Menschen auch in Mülheim. Die VHS in der MüGa bietet dafür beste Voraussetzungen, im Gegensatz zum Ersatzstandort an der Aktienstraße. Es ist ein Hohn, dass der angebliche finanzielle Vorteil dieses angemieteten, ungeeigneten VHS-Ersatzes hauptsächlich darauf beruht, dass dort willkürlich nur die Hälfte der Fläche angesetzt wurde. Es ist höchst bedenklich, dass keine klare Vorstellung davon entwickelt werden durfte, was genau eine zukünftige VHS zum Wohl der Stadt leisten und ermöglichen muss. Hätten die Verantwortlichen dafür VHS-Nutzer und -dozent/innen zu Rate gezogen, hätte es sicherlich nur ein Ergebnis gegeben: Die weitere Nutzung der VHS in der MüGa, natürlich mit den überfälligen Sanierungs- und Renovierungsmaßnahmen. Diese können auch problemlos nach und nach erfolgen, ohne dass Schulen, KiTas oder das Tierheim darunter leiden müssten, wie erpresserisch angedroht.

Wer nicht zulassen will, dass mit der VHS auch noch dieser einstige Aktivposten im städtischen Leben bis zur Unkenntlichkeit reduziert und zerstört wird, muss am 6. Oktober mit Ja stimmen!

Tag des offenen Denkmals in Mülheim eher "Tag der Schande" auch wegen des Versuchs der VHS-Zerstörung

Der Tag des Offenen Denkmals am Sonntag, dem 8. September, läuft diesmal unter

dem Motto: Modern(e): Umbrüche in Kunst und Architektur, das EU-weit ausgerufen wurde. Anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des Bauhauses soll der Blick auch auf alle revolutionären Ideen oder technischen Fortschritte über die Jahrhunderte gerichtet werden.

Die Idee stammt ursprünglich aus Frankreich, 1991 griff sie der Europarat auf: Historische Bauten und Stätten in Europa sollten einmal pro Jahr auf besondere Weise



präsentiert und den Bürgern kostenlos zugänglich gemacht werden. Auch 2019 soll die Traditionsveranstaltung wieder viele Architektur- und Geschichtsliebhaber anlocken.

Zwölf Denkmäler kann man am Sonntag, 8. Sept. in Mülheim besichtigen, s.u.. Aber eines fehlt: Das missachtete Juwel der VHS in der MüGa, welches im Übrigen wie keines der anderen 12 zum diesjährigen Motto passen würde.

Dieses Denkmal wurde überfallartig im vorletzten September seiner Funktion beraubt und gammelt seither abgesperrt vor sich hin. Verwaltung und Ratsmehrheit wollen anscheinend dort keine VHS mehr. Die Vermutung liegt nahe, dass das hoch attraktive Grundstück auf Dauer für Immobilienspekulanten verkaufbar gemacht werden soll. Bis dahin lässt man mutwillig das denkmalgeschützte Gebäude verkommen, bis man es auf Dauer abreißen darf und kann.

Ein Riesenskandal, denn es ist bereits der 3. Angriff auf diese VHS in der MüGa in nur 5 Jahren!

Zur Erinnerung: Mitte 2014 sollte die VHS für eine Sparkassenakademie weichen, der Abrissantrag war gestellt und die B-Planänderung eingeleitet. Ende 2015/Anfang 2016 sollte die VHS in den Gebäudekomplex verlagert werden, der auf dem ehemaligen Kaufhofareal entstehen sollte, zusammen mit Altenwohnungen, Hotel, Muckibuden u.ä.. Beides scheiterte, doch der Abrissantrag für die VHS in der MüGa wurde bis heute nicht eingestampft, anders als die B-Plan-Änderung. Im Feb. 2017 wurde die VHS auf Grundlage des LVR-Gutachtens vom 12.9.16 endgültig in die Denkmalliste eingetragen, nachdem die Stadt Mülheim über 2 Jahre lang alles versucht hatte, die Unterschutzstellung zu verzögern und zu verhindern.

Doch noch gibt es Hoffnung für das einzigartige VHS-Denkmal in der MüGa, denn gegen alle



erbitterten Widerstände und Winkelzüge von Verwaltung und Ratsmehrheit konnte die BI „Erhalt unserer VHS in der MüGa“ gerichtlich einen Bürgerentscheid durchsetzen. Nun können die Bürger entscheiden, ob mit der VHS auch noch dieser einstige Aktivposten im städtischen Leben bis zur Unkenntlichkeit reduziert und zerstört wird oder ob die Stadt die Wiedernutzung bewerkstelligen muss!

Zusatzerinnerung aber auch:

Etliche wichtige Denkmäler der Stadt Mülheim wurden in der Ära Mühlenfeld entweder zerstört oder der Öffentlichkeit entzogen wie das Gartendenkmal der Ostruhranlagen inkl. der 17 Naturdenkmälern für Ruhrbanania, die Jugendherberge für Luxus-Eigentumswohnungen, Thyssenvilla, Streithof und ex-evangelische Akademie im Uhlenhorst, Fachwerkhäuser an Auer- und Löhstr., Troost'sche Weberei für Luxuswohnungen usw. Die Respektlosigkeit gegenüber der Geschichte hat starke Züge von Kulturbanausentum.

Chaos pur in Mülheim/Ruhr? Bspl. Verkehr

MBI-Antrag für die BV 1 am 20.9.19 und den Planungsausschuss am 24.9.19

Errichtung einer Ampelanlage an der Einmündung der Bismarckstraße in die B1 -Untere Saarlandstraße

Die BV 1 empfiehlt und der Planungsausschuss beschließt:

Die Stadt errichtet schnellstmöglich eine Ampelanlage an der sehr unfallträchtigen Kreuzung der Unteren Saarlandstraße (Bundesstraße 1) und der Bismarckstraße. Die Verwaltung legt spätestens zu den Sitzungen im November einen beschlussfähigen Baubeschluss vor.

Begründung

Seit Jahren gibt es immer wieder teils auch schwere Unfälle an dieser unübersichtlichen Kreuzung. Diese beträchtliche Gefahrenstelle kann u.E. nicht anders entschärft werden.

Annette Klövekorn, MBI-Sprecherin BV 1 und Lothar Reinhard, MBI-Fraktionssprecher

Baustellen-Chaos in Mülheim unkoordiniert?

Bis 26. August stand der Bahnverkehr in Mülheim still - sechs Wochen lang . Die vorerst letzten Bauarbeiten auf der Bahnstrecke zwischen Essen und Duisburg wurden pünktlich am Montagmorgen (26. August), um 5 Uhr, abgeschlossen. Seither halten wieder Züge in Mülheim auch für Pendler . **Nicht wirklich notwendig war es, dass die Stadt Mülheim just in der Zeit mit den vielen Bussen als Schienenersatzverkehr ihre Baustellen am Klöttchen und am Tourainer Ring begannen. Mitunter war heilloses Chaos auf der Parallelstr. und z.T. auch Eppinghofer Str. unausweichlich. Damit die Mülheimer sich mit dem Ende der Bahnspernung zwischen Essen und Duisburg nicht vom Baustellenstress erholen könnten, hat nun die medl die nächste Baustelle rund um Forum und Hbf begonnen, der Verlegung einer Nahwärmeleitung im Bereich der Leineweberstr. zum Hans- Böckler-Platz. Art des Bauvorhabens: Rohrleitungsarbeiten ca. 100 m in offener Bauweise in 3-4 Bauabschnitten mit Teilspernung der Eppinghofer Straße Dauer von 26.08.2019 bis voraussichtlich 1.11.2019.**



Man hat nicht den Eindruck, als wenn es eine Art von Baustellenkoordination in Mülheim gäbe, obwohl speziell dafür eine extra-Stelle eingerichtet wurde. Die MBI fordern seit langem eine bessere Koordinierung der unterschiedlichen Baumaßnahmen. Das kann doch nicht wirklich so schwierig sein, wie es sich immer wieder darstellt, oder?

Straßenbaubeiträge abschaffen!

WAZ am 3.9.19: *"Hannelore Kraft: Gesetzentwurf eine Farce. SPD fordert Abschaffung der Straßenbaubeiträge."* **Frau Kraft war jahrelang Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen. Da hätte sie ändern können, was sie jetzt beklagt.** Unabhängig von den Widersprüchlichkeiten der Mülheimer ex-Ministerpräsidentin oder auch der populistischen NRW-Grünen gibt es sehr gute Gründe, die Anliegerbeiträge nach KAG bei Straßenreparaturen oder -umbauten auch in NRW abzuschaffen, wie das in anderen Bundesländern bereits der Fall ist. Die CDU/FDP-Landesregierung aber will sie trotz fast einer halben Million Unterzeichner für die Volksinitiative des Bundes der Steuerzahler nicht abschaffen. Ein CDU-Ratsherr aus Bochum bekam deshalb zu recht Beklemmungen und schrieb: **"Kommunalabgabengesetz: Heute plan' ich, morgen bau' ich, übermorgen hol' ich mir Dein Geld"** Wie kommt das?

Vielleicht hängt es ja auch damit zusammen, dass die Freien Wähler (FW) nach Bayern nun in Brandenburg in ein zweites Landesparlament gewählt wurden. Und das obwohl in dem Riesenmedienrummel um die Wahlen in Brandenburg und Sachsen die FW vollständig ignoriert wurden. Die FW haben sich sowohl in Bayern wie im Osten und auch in NRW stark gemacht für die Abschaffung der Straßenbaubeiträge, die schließlich auch nicht wenige Menschen sogar existenziell bedrohen. In Mülheim haben sich insbesondere die MBI ebenfalls dafür sehr eingesetzt, Tausende Unterschriften gesammelt und eine Resolution erwirkt.

Einlegeblatt

**M ü l h e i m e r
B ü r g e r -
I n i t i a t i v e n** ●

Fraktion in Rat und
Bezirksvertretungen
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr

Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr

Telefon: 0208-3899810

Telefax: 0208-3899811

M B I

e-mail: fraktion@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Mülheimer Allerlei wie der nicht notwendige "Bürger"radweg entlang der Zeppelinstraße, um die unrechtmäßige Straßenbahnstilllegung nachträglich zu legalisieren?

In der BV 1 am 20.9. und dem Planungsausschuss am 24.9. soll mit der Nr. V 19/0520-01 der Beschluss gefasst werden, zum einen die Markierung von Fahrrad-Schutzstreifen auf der Zeppelinstr. L 442 zwischen Pasteurstr. Und der Kreuzung Holthäuser Höfe/Steinknappen einzuzeichnen und vor allem einen Baubeschluss zu einem straßenbegleitenden "Bürgerradweg" entlang der Zeppelinstr. einschließlich barrierefreier Bushaltestellen zwischen Hauptfriedhof und Flughafen Essen/Mülheim zu fassen, vorbehaltlich der vollständigen Finanzierung durch den Landesbetrieb Straßen NRW und der landschaftsrechtlichen Genehmigung.

Als voraussichtliche Kosten werden 24.000 € für die Fahrradschutzstreifen, 1,021 Mio. € für den Ausbau der Haltestellen und 586.000 € für den sog. Bürgerradweg angegeben.

Soweit die vorliegende Beschlussvorlage, welche die MBI nicht mittragen werden, unabhängig von der Frage, ob das Land das zu 100% bezahlt und wider geltendes Recht doch eine landschaftsrechtliche Genehmigung erteilt würde. Zur Erinnerung deshalb vorab folgende MBI-Stellungnahmen aus 2014/15, als das gleiche Projekt bereits angeblich kurz vor Baubeginn war.

30.6.14: Radweg auf unrechtmäßig stillgelegtem Flughafenast der 104? RP bestätigt Unrecht und genehmigt später! Unglaublich!

3.5.15: Demokratieferne, Unrechtmäßigkeit, alles egal?? Beispiel Fahrradweg Zeppelinstraße

Im folgenden einige Hintergrundinformationen und Bewertungen zu dem Projekt eines "Bürgerradwegs" auf der illegal stillgelegten Straßenbahntrasse:



Neben der Zeppelinstr. verlaufen die beiden Straßenbahngleise des Flughafenasts der Linie 104. In allen Plänen des Landes und des RVR ist dieses Teilstück Bestandteil der städteübergreifenden Straßenbahnverbindung, die zukünftig bis nach Witten verlaufen soll. Ein nicht nur für die überfällige Verkehrs-

wende notwendiges Projekt, dass auch unabhängig von einer zukünftigen Nutzung des Flughafengeländes von bedeutender Wichtigkeit zur zukünftigen Entwicklung der Ruhrmetropole sein soll und könnte, wenn da nicht die Mülheimer kleinkarierte Kirchturms "idylle" wäre. Und die macht, was sie will und glaubt immer noch, im Endeffekt würde in Düsseldorf alles genehmigt, egal wie gesetzeswidrig oder nutzlos die jeweilige neueste Mülheimer "Eichhörnchenaktion" auch ist.

Das ist aktuell bei dem völlig perspektivlosen Haushaltsgebahren so wie jedes Jahr aufs Neue, das war bzw. ist bei allem rund um das "Strategie" projekt Ruhrbania so, bei der Verkehrsplanung, bei den seinerzeitigen Privatisierungsorgien und, und, und, und, und am deutlichsten beim ÖPNV. Da benimmt sich die kleine Großstadt mitten zwischen größeren Großstädten seit Jahren wie der verschwendungssüchtige Analphabet, der den anderen eigentlich nur zeigen will, wer die Hosen anhat, obwohl selbige auf Pump und bereits deutlich aus der Zeit geraten sind. Man muss nicht nur erinnern an die völlig antiquierte "Bus statt Bahn" Devise und -politik als offener Affront an die Nachbarstädte Duisburg, Essen und Oberhausen, alle selbst bzgl. ÖPNV auch keine Chorknaben, aber etwas mehr mit den Füßen auf dem Boden. Die alleine 5 sauteuren ÖPNV-Gutachten in wenigen Jahren, alle mehr oder weniger für den Papierkorb und fast alle wie Staatsgeheimnisse vor der Öffentlichkeit bei Strafandrohung versucht fernzuhalten, b.w.

wären in der bankrotten Stadt Mülheim eigentlich bereits ausgesprochen satireverdächtig (besser gesagt, könnte keine Satire die Realität noch übertreffen).

Ein erneuter fast "genialer" Schildbürgerstreich ist der o.g. sog. "Bürger"radweg auf der stillgelegten Straßenbahntrasse. Natürlich fragt man sich, warum dieser Name, gibt es unseren Wissens doch keine Radwege, die nicht für Bürger da sind, zumindest, solange es noch keine selbstfahrenden Fahrräder gibt und auch von einem Radweg etwa nur für Tiere oder, oder bisher nichts bis ins MBI-Büro vorgezogen ist.

Also zur Erklärung: Der o.g. Flughafenast wurde 2012 bei Nacht und Nebel einfach stillgelegt. Über 2 Jahre wollte die RP-Aufsichtsbehörde in Düsseldorf das nicht akzeptieren, auch weil die Betriebserlaubnis bis Ende 2019 für die damalige MVG eine Betriebspflicht darstellte. Ultimatum nach Ultimatum verstrich, bis Rot-Grün in NRW wiedergewählt worden war, mit der Mülheimerin Kraft (SPD) als Ministerpräsidentin, der grünen Mülheimer Gesundheitsministerin Steffen und den beiden Sozis Jäger aus Duisburg als Innenminister (damals zuständig für Kommunen) sowie Groschek aus Oberhausen als Verkehrsminister.



Und da passierte folgendes Unglaubliche: Die für Verkehr nicht zuständige Staatskanzlei der Ministerpräsidentin schickte der Stadt Mülheim quasi eine Ministerpräsidentenerlaubnis für die unrechtmäßige Stilllegung des ca. 2 km langen Flughafenast. RP kuschte und die zuständigen Minister Groschek und Jäger hielten sich ganz heraus und bevorzugten die vollständige Tauchstation.

Und dann am 7.4.14 die nächste Überraschung als Zeitungsmeldung. Auf der stillgelegten Straßenbahntrasse sollte noch in diesem Jahr(!) ein Radweg entstehen. Angeblich würden die Landesgelder dafür bereit stehen. Die Stadtverwaltung habe den Antrag gestellt. Zur Erinnerung: *"Mülheim erhält einen Bürgerradweg Richtung Flughafen"* - WAZ vom 7.4.14.

Doch 2014 passierte nichts. Dann WAZ 20.4.15: *"Landeszuspruch für Radweg neben der Zeppelinstraße genehmigt"*. Wieder wurde der baldige Baubeginn angekündigt.

Jetzt 2019 scheint es wieder soweit sein zu sollen. Nun soll also ein Baubeschluss doch noch gefasst werden, was 2014/5 noch nicht notwendig erschien.

Man wird sehen, was wirklich passiert. Soviel aber ist klar:

- 1.) Die Wiederinbetriebnahme des Straßenbahnteilstücks wäre aus vielerlei Gründen das verkehrspolitisch einzig Sinnvolle, will man ernsthaft in Verkehrswende einsteigen! Die Ersatzbuslinie 130 ist eine einzige Katastrophe und mit den eigentlich überflüssigen Haltestellen für über 1 Mio. € eine unnötige Geldverschwendung zusätzlich zu den ca. 3 Mio. € für den Umbau der nach der unrechtmäßigen Stilllegung neuen Endhaltestelle am Hauptfriedhof!**
- 2.) Die Notwendigkeit eines teuren Fahrradwegs auf der 2 km langen Strecke zwischen Hauptfriedhof und Flughafen erschließt sich dem Ortskundigen zudem nicht wirklich, unabhängig von der unrechtmäßigen Bahnstilllegung und der Finanzierung.**
- 3.) Die hoffnungslos überschuldete Stadt Mülheim hat weiß Gott viele andere Stellen, wo es brennt und braucht nicht zuletzt auch viele weniger prestigeträchtige Fahrradverbindungen, anders als beim RS 1 oder entlang der Zeppelinstraße.**

Chaos und Bedenkliches bei der Umsetzung des Mülheimer Nahverkehrsplans!?

Beispiel: Haltestellen der neuen Buslinie 130 zwischen Flughafen und Hauptfriedhof.

Mitte **Juni 2015** war ÖPNV-Fahrplanänderung der Mülheimer Verkehrs-Gesellschaft (MVG) mit ersten Umsetzungsschritten des vom Rat 2013 beschlossenen Nahverkehrsplans. Ab 14. Juni, haben Nutzer der Straßenbahnlinien 104 und 110 am Hauptfriedhof Anschluss an die Busse der neuen Linie 130 Richtung Flughafen – und weiter bis in das Zentrum von Essen-Haarzopf (Erbach) und von dort bis zum Rhein-Ruhr-Zentrum (alte Linie 145). Bis dahin waren dem Mobilitätsausschuss die genauen Standorte für Haltestellen dieser Buslinie noch nicht vorgestellt worden. Durch Zufall hatten die MBI mitbekommen, dass die vorherige Endhaltestelle am Flughafen (Beykozplatz/Brunshofstr.) in Zukunft entfallen sollte. Dafür wurde Ri. Hauptfriedhof eine Haltestelle hinter der Kurve kurz vor der Einmündung Schürfeld eingerichtet.

Heute, über 4 Jahre später, soll das Land also über 1 Mio. bezahlen, um für die wenig sinnvolle Buslinie als Nachfolger der illegal stillgelegten StraBa-Strecke brauchbarere Haltestellen herzustellen. Diese Busverbindung ist aber auch deshalb bedenklich, weil z.B. zwischen Hauptfriedhof und RRZ auch noch ein 2-Wabenticket bezahlt werden müsste. Ergebnis: fast keine Fahrgäste! Wieder und wieder wollten die MBI dieses unnötige Waben-Chaos geändert haben, doch sie liefen in MH nur gegen Wände der Unvernunft!